

## **BUND Landesverband Hessen und Heinrich-Böll-Stiftung Hessen.**

Attac Europakongress Kassel 6.10.2018

Dr. Werner Neumann – Sprecher des Bundesarbeitskreises Energie des BUND

Ralf Zwengel- Heinrich-Böll-Stiftung- Hessen

### **Workshop Europäische Energiepolitik Zentral oder dezentral ?**

#### **A. Handzettel für Teilnehmer – Kurzinfos zur Diskussion**

##### **1. Grundlage der EU-Energiepolitik**

Die EU hat keine expliziten Energieziele und Grundlagen im EU-Vertrag. Aber EURATOM besteht weiter! (Wir sind natürlich für Austritt aus EURATOM). Die EU Energiepolitik wird vielmehr durch Richtlinien zur Umsetzung von Zielen der „Marktintegration“, „Harmonisierung“ und auch zum Umwelt- und Klimaschutz umgesetzt. Hierbei spielt die Richtlinie zur Anerkennung von Beihilfen“ eine besondere Rolle in der Steuerung. (z.B. Förderung von Atomstrom in GB ist erlaubt, Förderung von EE und KWK hingegen nur begrenzt). Eine weitere Komponente ist der Verbraucherschutz (Tarife, Einsparhilfen, aber auch Rechte zur Stromeigenerzeugung (Prosumer) und Anforderungen an das Ökodesign von Geräten (Effizienz und Labels). Hinzu kommen diverse Verträge innerhalb der EU Mitgliedsländer sowie mit anderen Ländern (Energiecharta). Fazit: die EU Energiepolitik ist stark an der Schaffung eines „freien Binnenmarktes“ orientiert, entsprechend profitieren Großkonzerne und große Übertragungsnetzbetreiber. Die Frage Dezentralität kommt nicht vor, allenfalls durch Fördermittel im Rahmen von Regionalfonds.

##### **2. Wesentliche Richtlinien der EU**

Die EU steuert die Energiepolitik der Mitgliedsstaaten durch allgemeine Richtlinien. Umgekehrt sorgen die Mgl.staaten dafür, dass diese RL nicht zu streng sind für die Interessen ihrer eigenen Wirtschaft. Basis sind auch Ziele des Klimaschutzes, wobei die Zielsetzung von 40% auf 45% Reduktion bis 2030 gerade durch Kommissar Caneta zurückgerufen wurde. Wesentliche Richtlinien – zur Erreichung der Ziele - sind: Energieperformance Gebäude (und KWK), Erneuerbare Energien, Ökodesign (Geräteeffizienz). Eine Kernentscheidung ist zugunsten „des Marktes“ die „Liberalisierung“ des Energiemarktes mit Trennung von Energieverkauf und Netzen.

##### **3. Förderprogramme**

Ein starkes Mittel der EU sind Förderprogramme. Diese finden an mit SAVE und ALTENER für Effizienz und Erneuerbare (1990er), sodann Intelligent Energy und inzwischen aufgegangen im Gesamtprogramm HORIZON 2020. Die Leitlinie ist dabei weniger der Klimaschutz sondern die Förderung von Competiveness and Harmonisation. Es gehen Mrd. € in Programme von Euratom, von CCS (aber kaum umgesetzt), von Smart Cities (v.a. an Industrie) aber nur ein Bruchteil zu Energieeffizienz. Möglichkeiten für Kommunen und KMU wurden durch kompliziertere Antrags- und Nachweisverfahren immer schwerer.

##### **4. Informationen**

Breite Informationen gibt es über das EU Portal der EU Kommission Energie zu den jeweiligen Politikfeldern, Verfahren für Richtlinien, Entwürfe (z.B. Winterpaket), zu Umfragen.

Sehr schwer ist es, die Beschlussfassung im EU Parlament nachzuverfolgen, bei z.B. mehreren 100 amendments. Beim EU Lex findet man die verabschiedeten Richtlinien.

Praktisch ist hingegen die Seite manenergy.eu die Infos zu Aktivitäten von Energieagenturen, Aufrufe zu Förderprogrammen, Veranstaltungen (energy days) bietet. Hilfestellung bieten Verbände wie climate alliance, Energy Cities und der Covenant of Mayors (Como).

## 5. Zur Frage Zentral – Dezentral

Die Energiepolitik mit Ziel Wettbewerbsfähigkeit (der billigste voran) begünstigt Großstrukturen, Großkonzerne. Auch bei den StromNETZEN hat dies zur Stärkung der EU Übertragungsnetzbetreiber (zusammen bei ENTSO-E) geführt. Diese haben sich 2016 sogar explizit gegen den Ausbau der Erneuerbaren ausgesprochen. Besondere Rolle spielt die Einführung der Kategorie von „projects of common interest PCI“ (siehe auch bei BNetzA), Netzprojekte, die Vorrang erhalten sowie Förderung. Diese Projekte sind quasi gesetzt für das Ziel eines EU weiten (plus Blick nach Afrika, Asien) immensen Stromnetzausbaus. Flankiert wird dies durch das Projekt e-highway 2020.

1. Bei Leitungsprojekten ist eine **Strategische Umweltprüfung** erforderlich, sprich eine Prüfung der Planung als solche auf Umweltauswirkungen. Die UVP einzelner Vorhaben folgt dann in einem weiteren Schritt. Aber die SUP für PCI ist praktisch nicht gegeben. Es gibt keine SUP auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene müssen die PCI hingenommen werden.

Interessant aber, dass auf EU-Ebene es eine Reihe von Projekten und Verbänden gibt, die den EUweiten Netzausbau unterstützen. Friends of the supergrid – v.a. Netzbetreiber. Best Grid (mit Nabu zum Vogelschutz). Aber auch Renewable Grid Initiative (mit German Watch und Greenpeace), die diesen Netzausbau (v. a. wiederum für Großprojekte der Offshore Windenergie (bis zu 100 GW Nordsee) vorantreiben. Die Meinung ist, dass es reicht „erneuerbare“ Windenergie ins Meer zu setzen und den Strom mit vielen HGÜ-Leitungen in die Länder zu leiten. Entsprechen wirken diese Organisationen auch für den „Dialog“ zugunsten der HGÜs (DUH im Auftrag des BMWI). Öko-Institut und German Watch legten Studie vor (2/2018), dass Dezentralität nicht ausreiche, schwerer umsetzbar sei, teurer wäre. Öko-Institut zeigt aber (8/2018), dass regionaler zellulärer Stromnetzbetrieb deutliche Einsparung von Leitungsbau hat.

- 6.2. „Vernünftige“ Alternativen im Sinne der EU SUP RL und Dt. UVPG sind jedoch nur die Varianten, die seitens der Ü-Netzbetreiber selbst vorgelegt werden. Damit stehen Möglichkeiten und Prüfung von NOVA (Netzoptimierung, Leitungsseilmonitoring, Neubeseilung mit Alu-Seilen, Steuerung des Lastflusses (FACTS, Phasenschieber), aber auch örtlicher Flexibilitätsverbund zwischen Wind+PV-Strom sowie KWK-Anlagen (Erdgas, Biogas, EE-Gas) außen vor. Transport und Speicherung (!) von Energie via Power-to-Gas wird nicht parallel integriert.

## 7. Diskussion:

**Wie können Elemente der Dezentralität auch auf EU-Ebene vorgebracht werden?** Welche Elemente könnten dies sein: Vorrang für regionale Flexibilitätsmärkte und regionale Stromangebote / Reform der Stromnetzentgelte – Kurzstreckentarife / Prosumer-Regelung zugunsten Eigenstrom / von Förderung von Regionalität (im Rahmen des Zentralen) hin zu Vorrang von regionalen Strukturen. Gute Gründe fürs Dezentrale sind, Bürgerbeteiligung, kleinere Unternehmen, regionaler Wirtschaftskreislauf (statt zahlen für Leitungen und Offshorestrom von Großkonzernen), höhere Versorgungssicherheit bei zellulären Strukturen. Wie könnte Dezentralität im Reigen von „Markt“ und Wettbewerb, Verbraucherschutz, Klimaschutz zu einer Zielgröße auf EU Ebene werden?

## 8. Literaturhinweise:

[www.bund.net/stromnetz](http://www.bund.net/stromnetz) (BUND Stellungnahmen zum NEP usw.)

Buch: Claude Turmes –Energiewende (zur Energiepolitik der EU), oekom Verlag.

## **B. Kurzdokumentation der Diskussion**

Nach der Einführung des Referenten, Dr. Werner Neumann, anhand des Handzettels gab es verschiedene Hinweise:

Man muss schauen, wenn Atomkraft im Süden wegfällt, dann muss man dorthin Leitungen bauen. Die Erzeugung (EE) ist im Norden, aber im Süden wird der Strom benötigt. Aber im Süden, wie bei Kassel im Habichtswald/Reinhardswald sitzen die Windkraftgegner.

Für wen wird hier eigentlich was gebaut und benötigt, es ist die große Industrie und für die Industrie wird der Strom durch große Konzerne der Stromnetze bereitgestellt.

Frage ist – wieviel zentrale Energieversorgung brauchen wir (und wer ist „wir“?) und wie kann man dezentrale Energie/Stromversorgung organisieren? Es geht dabei nicht um „Autarkie“, sondern um Ausgleich von Schwankungen von Wind und Sonnenstrom, es geht um demokratische Kontrolle, bürgernahe Versorgung in Bürgerhand (Bürger = direkte Beteiligung, Kommune, Stadtwerke, Genossenschaften, Bürgergesellschaften) . Dazu kann auch die Digitalisierung genutzt werden.

Weitere Stichworte:

Dezentrale Prinzipien festschreiben ; etwas vom kleinen in Richtung des Großen entwickeln lassen. (gesellschaftlich und technologisch)

Vorgabe: PV als Pflicht auf Dächern, da es dort noch genügend Platz gibt.

Thema Atomrenaissance in Europa – drohen viele „Mini-AKW“ – Antwort ja und nein, einerseits kommt die Atomwirtschaft kaum voran mit immens steigenden Kosten der Neuanlagen (Flammanville, Hinckley, Olikoluoto, Astravets(Belarus)) und steigender Bauzeit, andererseits lässt sich die Atomwirtschaft davon nicht beirren, sondern setzt auf staatliche Finanzierung und Protegierung (F, GB, FIN, Belarus,...)

### **Hinweise auf Ansätze zur Dezentralisierung:**

Stadtwerke Wolfhagen und Stadtwerke Union Nordhessen als Beispiel für gelungenen Ausbau von Stromversorgung über 100% EE (Wolfhagen), Verbund Stadt und Land auf kommunaler Ebene.

<https://www.sun-stadtwerke.de/>

Energiewerke Schönau (Schönauer Energierebellen) nun auch aktiv bei der Entwicklung regionaler Strommärkte und digitaler Steuerung mit Start-up Oxygen mit „peer to peer“ Direktstromhandel zwischen Akteuren:

<https://www.ews-schoenau.de/ews/presse/pressemeldungen/ews-beteiligung-an-oxygen-technologies/>

[www.Buzzn.net](http://www.Buzzn.net) Firma die auch direkten Stromhandel , Mieterstrom organisiert.

[www.consolinno.de](http://www.consolinno.de) entwickelt digitale Steuerungsboxen und System für direkten und regionalen Stromhandel und betreibt auch schon regionale Strommärkte in Bayern.

Zur Frage der Investition in PV Anlagen finanziert durch Privatpersonen auf Dächern öffentlicher Einrichtungen: [www.sonneninitiative.de](http://www.sonneninitiative.de)

Kampagne und Infozentrum für dezentrale KWK-Anlagen: [www.bund-hessen.de/KWK](http://www.bund-hessen.de/KWK)

Doku 14.11.2018 W. Neumann